WP-01-K1-601

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Johnny Stengel (KV Hamburg-Nord)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Nach Zeile 601 einfügen:
Unsere Kommunen verantworten die Umsetzung vieler Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Wir stellen dafür die langfristige Finanzierung sicher und wollen Klimaschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufnehmen.

Begründung

Klimaschutz und Klimaanpassung gehören derzeit zu den **freiwilligen** Aufgaben einer Kommune. Gleichzeitig haben Kommunen derzeit nicht immer die **finanziellen Spielräume**, um diese Ziele entsprechend der gesetzten Ziele hinreichend zu erfüllen.

Das bedeutet, wenn es im Haushalt eng wird, fällt die PV-Strategie oder Dachbegrünung hinten runter und wird ausgespielt gegen andere wichtige Investitionen, wie Sport und Kultur. Es darf aber niemals zum gesellschaftlichen Narrativ werden, dass wir uns entscheiden müssen zwischen Klimaschutz oder Theater, Klimaanpassung oder Fußballplatz.

So können wir also endlich die Spielräume schaffen, die unsere Kommunen gerade brauchen.

In diesem Kotext ein Zitat von unserer Grünen Umweltministerin **Steffi**:
"Bei vielen Maßnahmen vor Ort spielen die Kommunen die entscheidende Rolle. […] Auch hier liegt die Krux in der Finanzierung: **Klimaschutz und Klimavorsorge verursachen Kosten. Aber wenn wir das unterlassen würden, wären die Kosten um ein Vielfaches höher.** Die Klimakrise lässt uns nicht die Wahl, sie zu ignorieren, zumindest dann nicht, wenn wir unserer staatspolitischen Verantwortung gerecht werden. Wir haben keine Wahl, wenn es um die Realisierung der Gegenmaßnahmen geht.

[…] Was heißt Anpassung und Vorsorge ganz konkret? Für Unternehmen bedeutet es, ihre Logistikketten zu überprüfen und sich vorzubereiten auf die Klimaveränderungen, von denen wir heute schon wissen, dass sie eintreten. Für Landwirte bedeutet es, ihre Bewirtschaftung anzupassen, für Krankenhäuser, Hitzeaktionspläne aufzustellen, und für Bürgerinnen und Bürger, über einen geeigneten Versicherungsschutz nachzudenken.

Wir stehen vor großen Aufgaben. Lassen Sie uns diese gemeinsam angehen."

https://www.bmuv.de/rede/rede-von-steffi-lemke-zum-klimaanpassungsgesetz-im-deutschen-bundestag

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Michael Schäfer (KV Berlin-Mitte); Kai Bergmann (KV Bielefeld); Sven-Christian Kindler (KV Hannover); Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dagmar Liste-Frinker (KV Wuppertal); Franziska Truse (KV Wuppertal); Antje Bensching (KV Potsdam); Liliane Viola Pollmann (KV Wuppertal); Nelly Waldeck (KV Kiel); Christian Bothe (KV Nürnberg-Stadt); Ben Niklas Günther (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Elke Tetzner (KV Wuppertal); Fabian Ehmann (KV Mainz); Michael Berger (KV Wuppertal); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Gernot Lobenberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ulrich Christenn (KV Wuppertal); Michael Kellner (KV Uckermark); sowie 49 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.